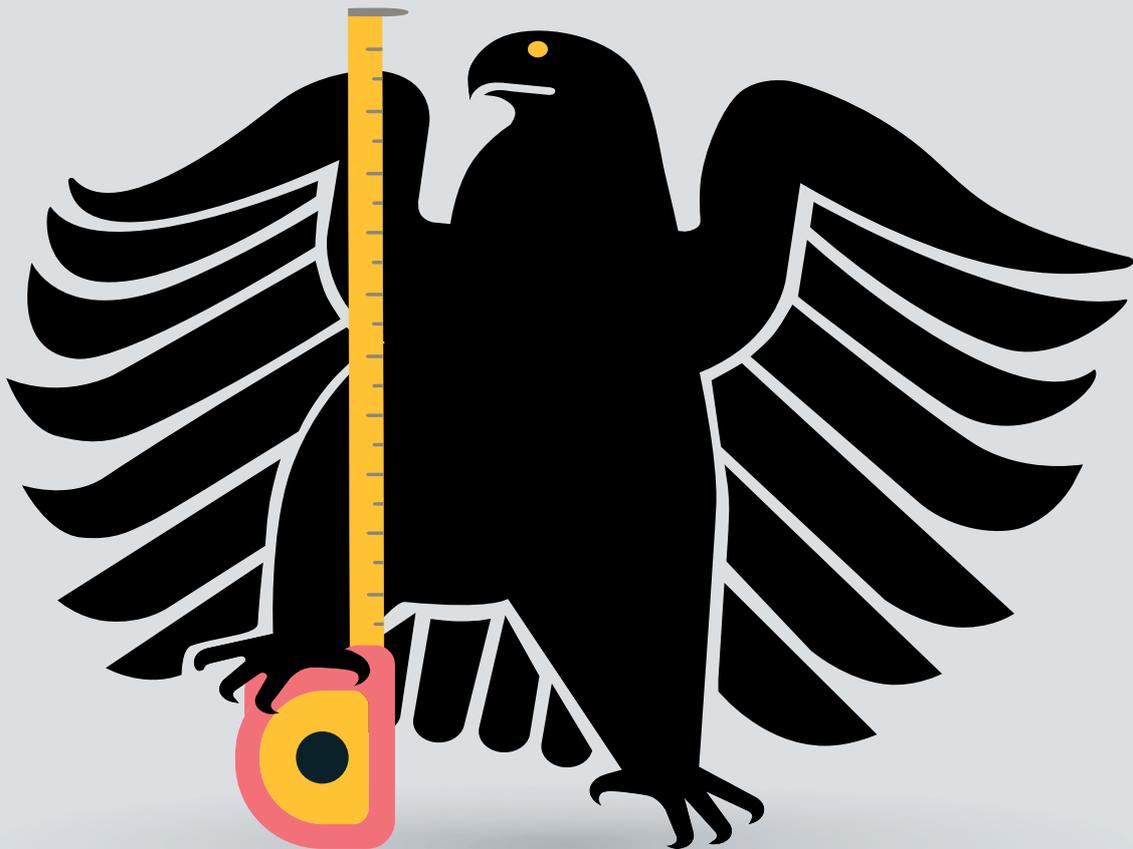


# Der Staat wächst



**Öffentlicher Dienst.** Der deutsche Staat hat seit 2012 fast 600.000 zusätzliche Mitarbeiter eingestellt – ein Plus von 14 Prozent. Vor allem auf Landes- und kommunaler Ebene ist der Personalbestand gewachsen, unter anderem in der zentralen Verwaltung, im Bereich der öffentlichen Sicherheit sowie in der Kinderbetreuung. Die Frage, ob Deutschland künftig noch mehr Beschäftigte im öffentlichen Dienst braucht oder dieser schon heute aufgebläht ist, lässt sich nicht pauschal beantworten – sagt IW-Experte Björn Kauder. In seinem iwd-Kommentar erläutert er, warum die staatliche Personalpolitik aber zumindest teilweise kritisch zu hinterfragen ist. —> [Seiten 2-4](#)

## Landwirtschaft

Streicht der deutsche Staat die Agrardieselsubventionen, würde das Einkommen eines durchschnittlichen Landwirtschaftsbetriebs um gut 2 Prozent sinken.

—> [Seiten 6-7](#)

## Leasing

Den Unternehmen in Deutschland bieten Leasingmodelle die Chance, zusätzlichen Spielraum für zukunftsorientierte Investitionen zu gewinnen.

—> [Seiten 12-13](#)

# Arbeitgeber Staat

**Öffentlicher Dienst.** Bund, Länder und Kommunen beschäftigten im Jahr 2022 mehr als 4,8 Millionen Menschen. Vor allem Bundesländer und Gemeinden haben in den vorangegangenen zehn Jahren viele zusätzliche Stellen geschaffen. Je nach Aufgabenbereich hat sich der Personalbestand im öffentlichen Dienst aber sehr unterschiedlich entwickelt.

Sie sorgen für Recht und Ordnung, unterrichten unsere Kinder oder planen neue Verkehrswege: Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst übernehmen eine Vielzahl von Aufgaben, damit das Gemeinwesen funktioniert.

Die Frage, wie viele Köpfe es dafür braucht – ob der öffentliche Dienst in Deutschland also ein aufgeblähter Apparat ist oder ob noch deutlich mehr Beschäftigte erforderlich wären, damit der Staat den Anforderungen gerecht wird –, lässt sich nicht pauschal beantworten (siehe Seite 4).

Fakt ist: Die Zahl derjenigen, die für den Staat arbeiten, ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen:

**Im Jahr 2022 waren in Deutschland insgesamt 4,83 Millionen Menschen für Bund, Länder und Kommunen tätig – rund 584.000 oder 14 Prozent mehr als 2012.**

Berücksichtigt sind dabei sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Beamte, nicht aber Mitarbeiter der Sozialversicherungen, von Zweckverbänden oder von Unternehmen in privater Rechtsform wie beispielsweise der Deutschen Bahn.

Auf den einzelnen staatlichen Ebenen waren die Personaltrends unterschiedlich (Grafik):

**Den größten Stellenaufbau von 2012 bis 2022 verzeichneten die Kommunen (plus 315.000 Beschäftigte) und die Bundesländer (plus 257.000 Beschäftigte). Beim Bund kamen lediglich knapp 12.000 Mitarbeiter hinzu.**

Insgesamt wurden 298.000 Vollzeitarbeitsplätze und 287.000 Teilzeitstellen geschaffen.

Noch deutlich differenzierter hat sich die Beschäftigung entwickelt, wenn man auf die einzelnen Aufgabenbereiche schaut. Zum Teil fiel sogar eine erhebliche Zahl an Stellen weg. Einige Beispiele (Grafik Seite 3):

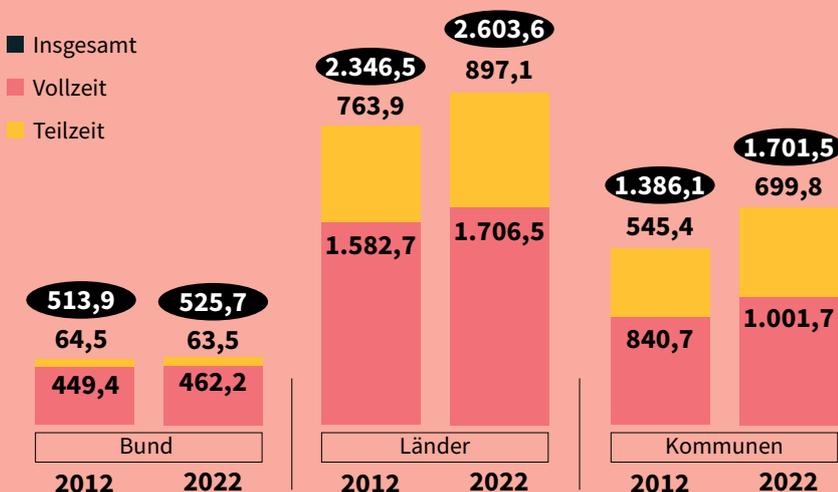
**Im Bereich Verteidigung, für den ausschließlich der Bund zuständig ist, sank die Zahl der Beschäftigten zwischen 2012 und 2022 um 19.000 oder 7 Prozent.**

Absolut gesehen gab es nur im Verkehrs- und Nachrichtenwesen auf Bundesebene mit 24.000 einen noch stärkeren Personalabbau. Allerdings dürfte dahinter vor allem die Pensionierung von Bundesbeamten bei der Deutschen Bahn stecken. Sie wurden sukzessive durch privatrechtlich angestellte Mitarbeiter ersetzt, die in der Personalstatistik für den öffentlichen Dienst nicht erfasst sind.

Die Kommunen haben vor allem im Bereich „Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung“

## Länder und Kommunen bauen viel Personal auf

Personalbestand im öffentlichen Dienst in Deutschland in 1.000



Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2024 IW Medien / iwd

## Öffentlicher Dienst: Die Personaltrends

in den Bereichen mit den insgesamt meisten Beschäftigten

	Bund		Länder		Kommunen	
	Personalbestand im Jahr 2022 in 1.000	Veränderung gegenüber 2012 in Prozent	Personalbestand im Jahr 2022 in 1.000	Veränderung gegenüber 2012 in Prozent	Personalbestand im Jahr 2022 in 1.000	Veränderung gegenüber 2012 in Prozent
Allgemeinbildende und berufliche Schulen			893,4	5 ↑	116,0	8 ↑
Hochschulen	1,0	172 ↑	621,6	26 ↑		
Politische Führung und zentrale Verwaltung	44,7	32 ↑	160,7	21 ↑	372,5	27 ↑
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	67,8	39 ↑	308,7	10 ↑	150,4	25 ↑
Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	11,0	185 ↑	34,8	18 ↑	475,9	43 ↑
Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	9,9	31 ↑	54,3	6 ↑	229,3	22 ↑
Verteidigung	243,0	-7 ↓				
Finanzverwaltung	51,5	21 ↑	143,9	-1 ↓	0,6	-12 ↓
Rechtsschutz	5,7	18 ↑	180,6	3 ↑		
Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	16,4	11 ↑	28,6	16 ↑	120,5	14 ↑
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	39,4	-38 ↓	40,7	-17 ↓	41,5	22 ↑
Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung	0	-100 ↓	17,5	2 ↑	110,0	-9 ↓

Keine Zahlenangaben: Jeweilige Gebietskörperschaft hat in diesem Bereich kein Personal, z. B. aufgrund fehlender Zuständigkeit  
 Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik: Darunter fällt unter anderem die Kindertagesbetreuung der Kommunen  
 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung: einschließlich kommunaler Gemeinschaftsdienste

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft  
 © 2024 IW Medien / iwd



Stellen reduziert – das Minus von 11.000 Beschäftigten bedeutete einen Rückgang um 9 Prozent.

Demgegenüber wurde in anderen Bereichen das Personal teils erheblich aufgestockt:

**Für die „Politische Führung und zentrale Verwaltung“ arbeiteten im Jahr 2022 insgesamt rund 118.000 Menschen mehr als zehn Jahre zuvor – den absolut stärksten**

**Stellenzuwachs verzeichneten dabei die Kommunen mit 79.000.**

Auch für die öffentliche Sicherheit und Ordnung waren zuletzt auf allen Gebietskörperschaftsebenen deutlich mehr Menschen tätig als 2012.

Bei Bund und Ländern ist dies vor allem auf zusätzliche Polizeibeschäftigte zurückzuführen.

Bei den Kommunen stieg die Zahl der Mitarbeiter in der Kindertages-

betreuung – die zum Aufgabenbereich „Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik“ gehört – mit plus 92.000 bis zum Jahr 2021 besonders stark.

**IW-Kurzbericht 2/2024**  
 Tobias Hentze, Björn Kauder: Öffentlicher Dienst – mehr Personal, noch mehr Bedarf  
[iwkoeln.de/oeffentlicher-dienst](http://iwkoeln.de/oeffentlicher-dienst)

**Kommentar.** Über die Frage, ob der öffentliche Dienst aufgebläht ist oder noch mehr Mitarbeiter bräuchte, wird viel diskutiert. Eine einfache Antwort gibt es zwar nicht, sagt **Björn Kauder**, Senior Economist für Finanz- und Steuerpolitik im IW. In einigen Bereichen ist der jüngste Personalaufbau aber kritisch zu hinterfragen.



Foto: IW Medien

## „In der Verwaltung droht ein Wasserkopf zu entstehen“

Um 14 Prozent ist der Personalbestand im öffentlichen Dienst im Zeitraum von 2012 bis 2022 gewachsen. Das passt nicht zu den Klagen über den Personalmangel, die landauf, landab zu hören sind. Ist der öffentliche Dienst nun überdimensioniert und gehört zurechtgestutzt? Oder bräuchte der Staat noch viel mehr Mitarbeiter, so wie es etwa der Beamtenbund fordert?

Die Antwort lautet wie so oft: Es kommt darauf an. In der Kindertagesbetreuung beispielsweise haben die Kommunen seit 2012 fast 100.000 zusätzliche Mitarbeiter eingestellt – schließlich ist es politischer Konsens und inzwischen auch geltendes Recht, dass sich die Betreuungsmöglichkeiten verbessern sollen. Trotzdem fehlt noch immer eine sechsstellige Zahl an Betreuungsplätzen, ein weiterer Personalaufbau ist also unabdingbar.

Auch an den Hochschulen oder bei der Polizei spricht per se nichts gegen die jüngste Aufstockung des Personals. Bildung und Sicherheit

sind schließlich öffentliche Güter und bei beiden gibt es noch Luft nach oben.

Anders sieht die Sache im Bereich „Politische Führung und zentrale Verwaltung“ aus. Dass Bund, Länder und Kommunen zahlreiche neue Stellen geschaffen haben, lässt befürchten, dass hier zunehmend ein Wasserkopf entsteht. Die Vermutung liegt nahe, dass die zusätzlichen Stellen nicht zuletzt aus politischen Gründen eingerichtet wurden – zum Ziel einer schlanken und effizienten Verwaltung passt die Entwicklung jedenfalls nicht.

Gibt es nun zu wenig Personal oder zu viel Arbeit? Der Gesetzgeber hat in den vergangenen Jahren eine Reihe von Reformen umgesetzt, die mit einer hohen Arbeitsbelastung im öffentlichen Dienst einhergingen und mehr Personal erforderten. Beispiele sind die Einführung der Grundrente oder die Reform der Grundsteuer, die die Finanzämter an ihre Grenzen bringt. Letztere enthält Regelungen, die versuchen, eine gewisse Einzel-

fallgerechtigkeit herzustellen – entsprechend kompliziert und aufwendig ist die Umsetzung.

Der Gesetzgeber sollte daher künftig bei seinen Entscheidungen mitdenken, ob die Verwaltung die damit verbundenen Aufgaben überhaupt bewältigen kann. An dieser Einsicht hat es zuletzt häufig gemangelt. Weniger ist manchmal mehr.

Ist die Digitalisierung die Rettung? Der öffentliche Dienst hängt in diesem Bereich weit hinterher. Genügend Potenzial für Effizienzsteigerungen sollte also vorhanden sein, nicht zuletzt in der Verwaltung. Dass die Digitalisierung aber kurzfristig den Personalbedarf senkt, ist kaum zu erwarten. Zunächst braucht es schließlich Menschen, die die Digitalisierung umsetzen. Ob diese Stellen dann wieder abgebaut werden, sobald die digitalen Prozesse funktionieren, darf bezweifelt werden. Auf einen effizienteren Verwaltungsapparat können wir also wohl erst auf lange Sicht hoffen.

# Gemeinsam einsam

**Gesellschaft.** In der Coronapandemie ist der Anteil jener Menschen in Deutschland, die sich einsam fühlen, stark gestiegen. Das gilt in besonderem Maße für eine Bevölkerungsgruppe, an die man bei diesem Thema wohl zuletzt denkt.

Restaurants geschlossen, Veranstaltungen abgesagt und Kontakte stark eingeschränkt: In der Coronapandemie blieb das soziale Leben oft auf der Strecke. Wer da unter dem Gefühl der Einsamkeit litt, war bei Weitem nicht allein, wie eine aktuelle Auswertung des Sozio-oekonomischen Panels durch das IW zeigt:

**Im Jahr 2021 gaben mehr als 20 Prozent der über 16-Jährigen an, sich einsam zu fühlen – 2017 waren es nur gut 8 Prozent.**

Rund 19 Prozent aller Befragten sprachen von einem geringeren

Einsamkeitsgefühl als im Jahr 2017, 38 Prozent spürten keine Veränderung, während 43 Prozent sagten, sie würden sich öfter einsam fühlen.

Generell leiden Frauen häufiger unter Einsamkeit als Männer. Am stärksten gilt dies für jene, die ihren Partner verloren haben (Grafik):

**Von den verwitweten Frauen sagte 2021 mehr als ein Viertel, ihnen würde oft oder sogar sehr oft die Gesellschaft anderer fehlen.**

Ähnlich stark war das Einsamkeitsempfinden unter den Geschiedenen und getrennt Lebenden

verbreitet – unabhängig vom Geschlecht: Rund 23 Prozent dieser Personengruppe fühlten sich 2021 einsam.

Am deutlichsten zugenommen hat das Gefühl, zu wenig soziale Kontakte zu haben, ausgerechnet bei Menschen, die objektiv betrachtet nicht allein sind:

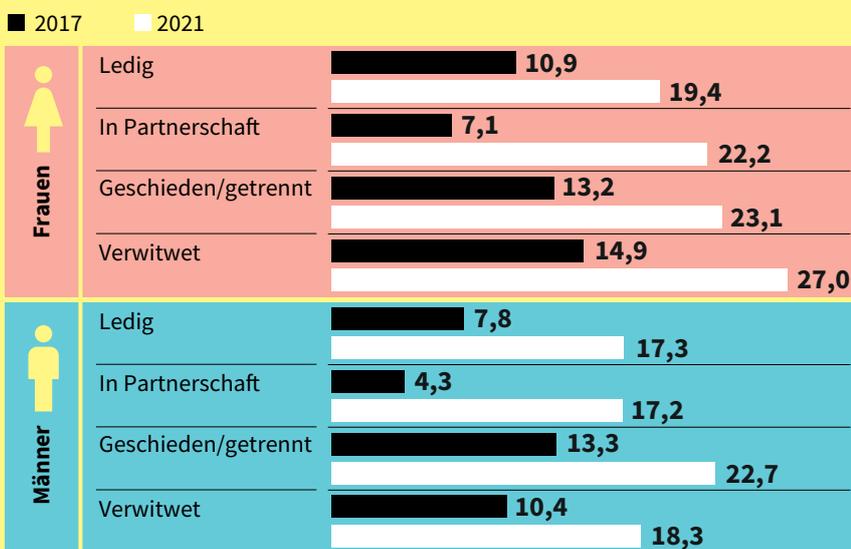
**Der Anteil jener Menschen, die in einer Partnerschaft leben und sich einsam fühlen, ist von knapp 6 Prozent im Jahr 2017 auf fast 20 Prozent im Jahr 2021 gestiegen.**

Ein möglicher, aber noch zu überprüfender Grund ist, dass Personen in Partnerschaft die Gesellschaft anderer besonders schätzen und deshalb unter den coronabedingten Einschränkungen sehr gelitten haben.

In jedem Fall bleibt zu klären, ob das Auslaufen der Coronamaßnahmen dazu geführt hat, dass die Bundesbürger wieder seltener unter Einsamkeit leiden. Eine Studie der Stiftung Deutsche Depressionshilfe und Suizidprävention aus dem vergangenen Jahr stimmt diesbezüglich nicht allzu optimistisch: In einer repräsentativen Umfrage vom September 2023 gab sogar jeder vierte Erwachsene in Deutschland an, sich sehr einsam zu fühlen.

## Einsamkeit nimmt zu

So viel Prozent der erwachsenen Bundesbürger gaben an, sich einsam zu fühlen



Gefühl der Einsamkeit: Personen antworteten auf die Frage „Wie oft haben Sie das Gefühl, dass Ihnen die Gesellschaft anderer fehlt?“ mit „sehr oft“ oder „oft“

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft © 2024 IW Medien / iwd

### IW-Kurzbericht 1/2024

Julia Hensen, Jennifer Potthoff, Ruth Maria Schüler: Starker Anstieg des Einsamkeitsgefühls bei Paaren [iwkoein.de/einsamkeitsgefuehl](http://iwkoein.de/einsamkeitsgefuehl)

# Im Subventionsdickicht

**Landwirtschaft.** Die Bauern in Deutschland beziehen fast die Hälfte ihres Einkommens aus Subventionen. Neben Geld aus dem EU-Agrarfonds erhalten die Landwirte auch Finanzhilfen und Steuervergünstigungen vom Bund. Die geplante Streichung der Agrardieselsubvention würde das Einkommen eines durchschnittlichen Landwirtschaftsbetriebs um gut 2 Prozent schmälern.

Neun Hühner, 29 Kilogramm Schweinefleisch, 128 Äpfel und 230 Eier: Das sind nur einige der Lebensmittelmengen, die jeder Deutsche im Jahresdurchschnitt verspeist. Für sämtliche Nahrungsmittel sowie für alkoholfreie Getränke gaben die Bundesbürger im Jahr

2022 im Schnitt 11,5 Prozent ihres Einkommens aus. Das ist im EU-Vergleich wenig – noch niedriger war der Anteil nur in Irland, Luxemburg und Österreich.

Dass sich die Deutschen für vergleichsweise wenig Geld so gut versorgen können, hat viele Gründe.

Zu den drei wichtigsten gehört erstens das relativ hohe Einkommensniveau in der Bundesrepublik. In weniger wohlhabenden Ländern wie Polen oder Rumänien müssen die Menschen im Durchschnitt deutlich höhere Anteile ihres Einkommens für Lebensmittel aufwenden.

Zweitens sorgt auch der starke Wettbewerb im Lebensmitteleinzelhandel für niedrigere Preise. Und drittens ermöglichen es Subventionszahlungen für die Landwirtschaft den Bauern, ihre Erzeugnisse zu günstigeren Preisen anzubieten. Denn die Beihilfen im Agrarsektor sichern nicht nur die Einkommen der Landwirte, sondern dienen explizit auch der Standortsicherung, dem Erhalt der Kulturlandschaft, der Ernährungssicherung sowie der Absatzförderung.

Die meisten Subventionen bekommen die rund 255.000 deutschen Landwirtschaftsbetriebe aus Brüssel (Grafik):

**Im Jahr 2022 erhielten deutsche Landwirte rund 6,9 Milliarden Euro aus dem EU-Agrarfonds.**

Da sich die Höhe der EU-Zahlungen in erster Linie nach der Anbaufläche der Höfe bemisst, beziehen gleich vier Landkreise in Mecklenburg-Vorpommern die höchsten EU-Zahlungen: Aufgrund der vielen großen landwirtschaftlichen Flächen

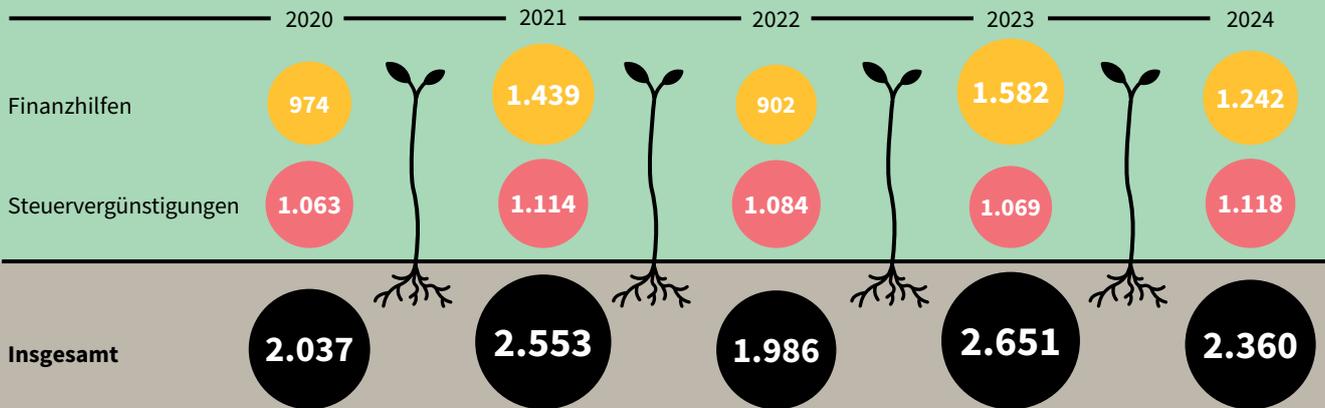
## Landwirtschaft: Subventionen aus Brüssel

So viel Euro erhielten die Landwirte in den 15 Landkreisen und kreisfreien Städten in Deutschland, die 2022 am meisten Geld aus dem EU-Agrarfonds bekamen

Ludwigslust-Parchim (Mecklenburg-Vorpommern)	112.262.200
Mecklenburgische Seenplatte (Mecklenburg-Vorpommern)	104.129.100
Vorpommern-Greifswald (Mecklenburg-Vorpommern)	85.584.400
Landkreis Rostock (Mecklenburg-Vorpommern)	84.918.500
Nordfriesland (Schleswig-Holstein)	77.668.700
Landkreis Emsland (Niedersachsen)	71.973.800
Vorpommern-Rügen (Mecklenburg-Vorpommern)	68.663.900
Börde (Sachsen-Anhalt)	61.030.800
Uckermark (Brandenburg)	60.422.900
Kassel (Hessen)	60.360.800
Stendal (Sachsen-Anhalt)	59.812.700
Altmarkkreis Salzwedel (Sachsen-Anhalt)	55.351.000
Mittelsachsen (Sachsen)	53.022.800
Region Hannover (Niedersachsen)	51.445.800
Ostprignitz-Ruppin (Brandenburg)	51.216.900
...	
<b>Insgesamt</b>	<b>6,9 Milliarden Euro</b>

## Landwirtschaft: Subventionen aus Berlin

So viele Millionen Euro gab/gibt der Bund an Subventionen für Ernährung und Landwirtschaft in Deutschland aus



2024: gemäß Haushaltsplan vom 30. August 2023

Finanzhilfen: zum Beispiel zur Förderung des ökologischen Landbaus oder zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes

Steuervergünstigungen: zum Beispiel Steuerbegünstigungen für Agrardiesel oder Freibeträge und ermäßigte Steuersätze bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer

Quelle: Bundesfinanzministerium  
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

dort flossen im Jahr 2022 an die Landwirte in den Landkreisen Ludwigslust-Parchim, Mecklenburgische Seenplatte, Vorpommern-Greifswald sowie Rostock zwischen 85 und 112 Millionen Euro. Zum Vergleich: Die 14 Bauern in Offenbach am Main, dem bundesdeutschen Schlusslicht in Sachen EU-Agrarhilfen, kamen zusammen nur auf knapp 59.000 Euro.

Neben den EU-Subventionen erhalten die heimischen Bauern aber auch Geld vom Bund, das sich in Finanzhilfen wie jene zur Förderung besserer Tierhaltung sowie in Steuervergünstigungen wie beim Agrardiesel oder der Steuerbefreiung von der Kfz-Steuer gliedert (Grafik):

**Im Jahr 2023 erhielten die deutschen Landwirte seitens des Bundes Finanzhilfen in Höhe von gut 2,6 Milliarden Euro.**

Dazu kommen noch die Steuervergünstigungen der Länder und Kommunen. Diese Maßnahmen beliefen sich im Jahr 2023 auf 109 Millionen Euro.

Wie wichtig all diese Subventionen für die Bauern sind, zeigt ein Blick auf die Einkommen: Laut

Bundesregierung flossen im Wirtschaftsjahr 2021/22 fast 48.000 Euro an Direktsubventionen an einen Durchschnittsbetrieb. Die staatliche Förderung machte mit 45 Prozent einen erheblichen Anteil des Betriebseinkommens aus, bei den großen landwirtschaftlichen Betrieben in den ostdeutschen Ländern sogar fast 50 Prozent.

Zwar haben die Bauern im Wirtschaftsjahr 2022/23 deutlich mehr erwirtschaftet – der durchschnittliche Unternehmensgewinn stieg um 45 Prozent auf stattliche 115.000 Euro – doch das muss nicht so bleiben. Schließlich ist die Landwirtschaft ein Unterfangen mit hohen Unsicherheiten, angefangen von den Wetterbedingungen über volatile Preisentwicklungen ihrer Produkte bis hin zum drohenden Subventionsabbau.

Die Agrardieselförderung, deren angekündigter stufenweiser Wegfall zu den aktuellen Bauernprotesten in Deutschland führte, macht knapp 6 Prozent der Gesamtsubventionen für die Landwirtschaft aus. Ein durchschnittlicher Landwirtschaftsbetrieb, der 13.000 Liter Diesel im

Jahr verbraucht, bekam im vergangenen Jahr 2.780 Euro zurückerstattet. Wird die Dieselbeihilfe tatsächlich und in vollem Umfang gestrichen, müssen die deutschen Bauern rein rechnerisch Einkommenseinbußen in Höhe von 2,4 Prozent erleiden.

Zugleich bleiben aber manche Gelder ungenutzt. So wurden im vergangenen Jahr fast 40 Prozent des Budgets für Ökoregelungen, mit denen Landwirte für freiwillige Umweltleistungen wie Blühflächen oder eine Bewirtschaftung ohne Pestizide honoriert werden, nicht ausgeschöpft.

Ein ungelöstes Problem bleibt außerdem, dass von den Ausgaben der Verbraucher für Lebensmittel immer weniger bei den Landwirten ankommt. Im Jahr 2021 betrug der ihnen zugegangene Anteil an den Verkaufspreisen für Eier 38 Prozent, 20 Jahre zuvor waren es 68 Prozent. Vom Milchpreis kamen 2021 nur noch 36 Prozent bei den Erzeugern an, 2001 waren es 43 Prozent. Bei Kartoffeln landeten zuletzt 23 Prozent der Erlöse bei den Bauern, 2001 waren es 10 Prozentpunkte mehr.

# Pharma fehlen Fachkräfte

**Arbeitsmarkt.** Der Fachkräftemangel breitet sich auch in der deutschen Pharmaindustrie aus. Das schwächt den hiesigen Forschungsstandort. Zwei Regionen sind von den Fachkräftengpässen in den pharmarelevanten Berufen besonders stark betroffen.

Arbeitskräfte sind in Deutschland derzeit so knapp wie seit dem Wirtschaftswunder in den 1950er Jahren nicht mehr. Fehlte vor der Pandemie vor allem Personal in der Pflege, der Erziehung und der IT, haben die Fachkräftengpässe in den vergangenen Jahren in den meisten Branchen deutlich zugenommen. An der angespannten Lage wird sich angesichts der immer älter werdenden Bevölkerung vorerst nichts ändern.

Das macht dem Wirtschafts- und Forschungsstandort Deutschland sehr zu schaffen. Selten bewerteten die ansässigen Unternehmen die

Innovationsfähigkeit hierzulande so schlecht wie im aktuellen Innovationsreport der Deutschen Industrie- und Handelskammer. Als größtes Hemmnis für ihre eigene Forschung und Entwicklung nannten die Betriebe dabei – neben der zunehmenden Bürokratie – erstmals fehlendes Fachpersonal.

Alarmierend ist dieses Ergebnis vor allem für Deutschlands innovationsstarke Branchen wie die pharmazeutische Industrie. Kaum eine andere Branche gibt hierzulande einen so großen Teil ihres Umsatzes für Forschung und Entwicklung aus – im Jahr 2021 waren es 12,5 Prozent.

Wie sehr sich der Fachkräftemangel zuletzt in den für die Pharmabranche wichtigen Berufsfeldern – dazu zählen Forschung und Entwicklung, Produktion, Vertrieb, Unternehmenssteuerung und IT – verschärft hat, zeigt ein Blick auf die sogenannte Stellenüberhangsquote. Das ist der Anteil offener Stellen, für die es rechnerisch keine passend qualifizierten Arbeitslosen gibt (Grafik):

**Im Durchschnitt aller fünf Berufsfelder, die für die Pharmaindustrie wichtig sind, standen im Jahr 2022 für 38 Prozent der offenen Stellen bundesweit rechnerisch keine passend qualifizierten Arbeitslosen zur Verfügung – 2021 betrug die Stellenüberhangsquote nur 20 Prozent.**

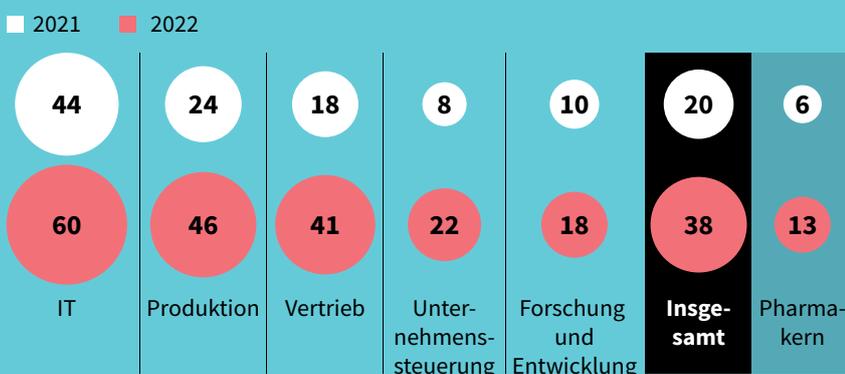
Da ist es nur ein schwacher Trost, dass die pharmarelevanten Berufsfelder nach wie vor weniger stark von Fachkräftengpässen betroffen sind als der Arbeitsmarkt insgesamt mit einer Quote von 47 Prozent.

Am stärksten gestiegen sind die Stellenüberhangsquoten mit einem Plus von mehr als 20 Prozentpunkten in der Produktion und im Vertrieb. In den Produktionsberufen standen so im Jahr 2022 für fast die Hälfte aller offenen Stellen keine passend qualifizierten Arbeitslosen zur Verfügung. Im Vertrieb traf dies auf vier von zehn offenen Stellen zu.

Die größten Fachkräftengpässe verzeichnet nach wie vor das Berufs-

## Pharmarelevante Berufsfelder: Fachkräftemangel verschärft sich

Für so viel Prozent der offenen Stellen in diesen Berufsfeldern gab es 2022 bundesweit rechnerisch keine entsprechend qualifizierten Arbeitslosen



Pharmarelevante Berufsfelder: Berufsfelder, in denen ein überdurchschnittlich hoher Anteil der Beschäftigten in der Pharmaindustrie tätig ist; Pharmakern: Berufe, die für die Pharmabranche von besonders hoher Bedeutung sind, z.B. Pharmazeuten

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2024 IW Medien / iwd

feld IT. Hier gab es im Jahr 2022 je zehn offene Stellen nur vier qualifizierte Arbeitslose.

Das gleiche Bild zeigt sich, wenn man sich die einzelnen Berufe mit den größten Engpässen anschaut (Grafik):

**Im Jahr 2022 gab es für neun von zehn offenen Stellen für Wirtschaftsinformatiker deutschlandweit keine passend qualifizierten Arbeitslosen.**

Nun ist der Mangel an IT-Fachkräften nicht nur ein Problem der Pharmaindustrie. Er trifft die Branche aber besonders hart, denn ohne das Know-how in Big Data und künstlicher Intelligenz sind eine moderne Forschung und damit wichtige medizinische Fortschritte nicht möglich.

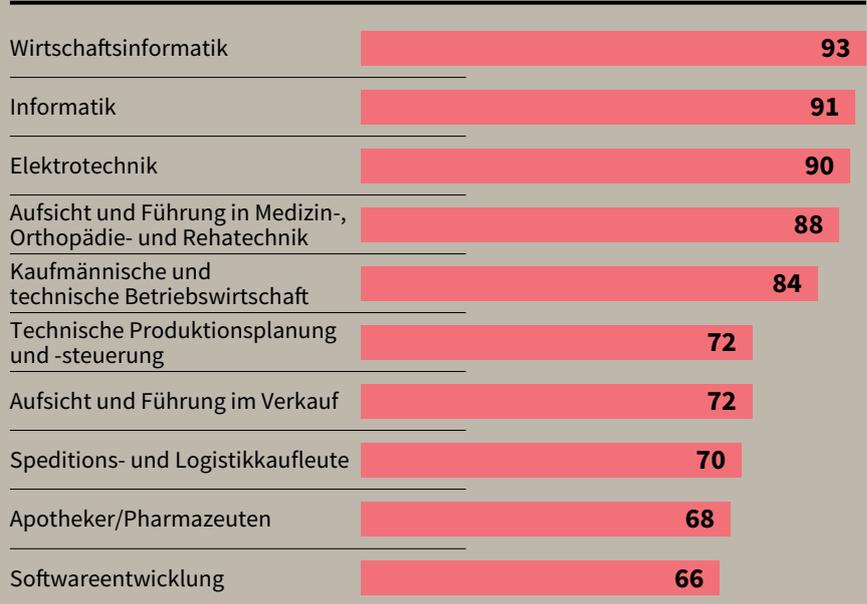
Und auch in Berufen, die klassischerweise mit der Pharmaindustrie verflochten sind, fehlt Personal: So standen für sieben von zehn offenen Stellen für Pharmazeuten und Apotheker im Jahr 2022 keine entsprechend ausgebildeten Arbeitslosen zur Verfügung – eine Stellenüberhangsquote von rund 70 Prozent.

Die bundesweite Quote gibt allerdings nur einen ersten Anhaltspunkt für Deutschlands Fachkräfteproblematik. Sie lässt außer Acht, dass eine arbeitslose Person aus Kiel nicht zwangsläufig die nächste offene Stelle in München besetzen kann oder will.

Um solche Mismatches aus der Rechnung zu entfernen, lohnt sich ein regionaler Blick auf die Fachkräftesituation in pharmazeutischen Clusterregionen. Damit sind Regionen gemeint, in denen sich die Unternehmen der Branche hauptsächlich angesiedelt haben. Zu ihnen zählen das Rhein-Main-Gebiet, die Rheinschiene in Nordrhein-Westfalen, das Cluster Berlin sowie die Region Oberbayern in und um München.

**Pharmarelevante Engpassberufe: Die Top 10**

*Für so viel Prozent der offenen Stellen in diesen Berufen gab es 2022 bundesweit rechnerisch keine entsprechend qualifizierten Arbeitslosen*



Pharmarelevante Berufe: Berufe, in denen ein überdurchschnittlich hoher Anteil der Beschäftigten in der Pharmaindustrie tätig ist

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2024 IW Medien / iwd



Der Fachkräftemangel ist in den vier Regionen unterschiedlich ausgeprägt: Im Cluster Berlin und entlang der Rheinschiene ist die Fachkräftesituation vergleichsweise entspannt – auf zehn offene Stellen in pharmarelevanten Berufen kamen 2022 in beiden Regionen jeweils sieben passend qualifizierte Arbeitslose. Ein möglicher Grund: Die Pharmabranche ist entlang der Rheinschiene und in Berlin besonders etabliert und bekannt.

Den Pharmaunternehmen in Oberbayern und im Rhein-Main-Gebiet machen Fachkräfteengpässe dagegen deutlich mehr zu schaffen: Während die Lücke im Rhein-Main-Gebiet am stärksten durch die hohe Nachfrage nach akademisch qualifiziertem IT-Personal getrieben ist, fällt Unternehmen in Oberbayern die Stellenbesetzung in allen Berufen entlang der pharmazeutischen Wertschöpfungskette schwerer – von der

Produktion bis zum Vertrieb. Für die Hälfte aller offenen pharmarelevanten Stellen in Oberbayern gab es 2022 keine entsprechend qualifizierten Arbeitslosen. Ob das an den angesiedelten Pharmafirmen oder am allgemein angespannten Arbeitsmarkt in der Region liegt, lässt sich nicht so einfach beantworten.

Um den heimischen Pharmastandort zukunftsfähig zu machen, sollten neben politischen Lösungen wie der Anwerbung ausländischer Fachkräfte und der Stärkung der Beschäftigung Älterer vermehrt betriebliche Lösungen zum Einsatz kommen. Schulkooperationen zur Nachwuchsqualifizierung und das Mitarbeiterwohnen sind zwei davon.

**IW-Report 2/2024**

Lydia Malin, Simon Schumacher:  
Pharmaindustrie – Steigender Druck auf dem Arbeitsmarkt

[iwkoeln.de/pharma-arbeitsmarkt](http://iwkoeln.de/pharma-arbeitsmarkt)

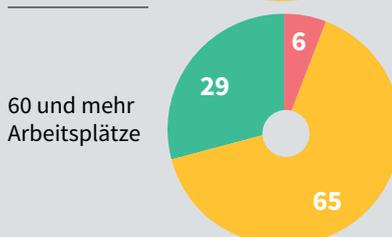
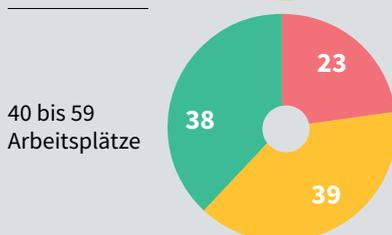
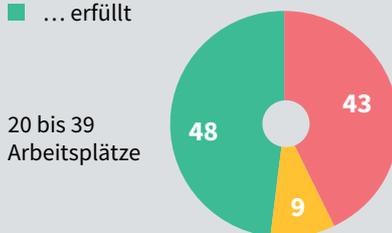
# Zulasten der Kleinsten

**Inklusion.** Obwohl sie dazu verpflichtet sind, stellen viele Unternehmen hierzulande keine Menschen mit Behinderungen ein. Eine erhöhte Ausgleichsabgabe für sogenannte Null-Beschäftigter soll dem entgegenwirken. Ob die Maßnahme den deutschen Arbeitsmarkt nachhaltig inklusiver macht, ist allerdings fragwürdig.

## Kleine Firmen beschäftigen oft keine schwerbehinderten Menschen

So viel Prozent der Unternehmen dieser Größe haben die Pflicht zur Beschäftigung schwerbehinderter Menschen 2021 in Deutschland ...

- ... nicht erfüllt
- ... teilweise erfüllt
- ... erfüllt



Beschäftigungspflicht: Arbeitgeber ab 20 Arbeitsplätzen sind dazu verpflichtet, mindestens 5 Prozent davon mit schwerbehinderten Menschen zu besetzen

Quelle: Bundesagentur für Arbeit  
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

Meldeschluss 31. März: Jedes Jahr müssen die Betriebe in Deutschland bis zu diesem Stichtag der Agentur für Arbeit mitteilen, ob sie mindestens 5 Prozent ihrer Arbeitsplätze mit schwerbehinderten Menschen besetzt haben und damit die gesetzlichen Vorgaben erfüllen. Die Regel gilt für alle Unternehmen ab 20 Beschäftigten. Betriebe, die die Beschäftigungspflicht nicht erfüllen, müssen eine Ausgleichsabgabe an das Inklusions- und Integrationsamt zahlen. Die Beträge sind gestaffelt und liegen – je nachdem wie stark die Quote unterschritten wird – zwischen 140 und 360 Euro im Monat für jeden nicht entsprechend besetzten Arbeitsplatz. Im Jahr 2020 kamen dadurch deutschlandweit 583 Millionen Euro zusammen.

Das Geld aus der Ausgleichsabgabe darf ausschließlich für die Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben ausgegeben werden. Ein Großteil fließt an die Betriebe, die ihrer Beschäftigungspflicht nachkommen. Mit dem Geld können sie Arbeitsplätze behinderungsgerecht anpassen oder andere Hilfsleistungen für schwerbehinderte Mitarbeiter finanzieren.

Mit Beginn des Jahres haben sich die Regeln für Betriebe, die keinen einzigen schwerbehinderten Menschen in der Belegschaft haben,

verschärft. Die sogenannten Null-Beschäftigter müssen künftig 720 Euro im Monat je unbesetzten Pflichtarbeitsplatz zahlen – vorausgesetzt, sie beschäftigen 60 oder mehr Mitarbeiter. Null-Beschäftigter mit weniger Mitarbeitern zahlen niedrigere Beträge: 410 Euro sind es für Betriebe mit 40 bis 59 Beschäftigten, 210 Euro für jene mit 20 bis 39 Beschäftigten. Erstmals zu zahlen sind die erhöhten Abgaben – rückwirkend für 2024 – im Frühjahr 2025.

Die neue Null-Beschäftigter-Regel trifft dabei vor allem kleine Unternehmen (Grafik):

**Im Jahr 2021 – neuere Daten liegen nicht vor – war in gut vier von zehn Unternehmen mit 20 bis 39 Arbeitsplätzen kein schwerbehinderter Mensch beschäftigt.**

Insgesamt kamen rund 34.400 kleine Betriebe ihrer Beschäftigungspflicht im Jahr 2021 nicht nach. Sie müssen durch die neue Regelung nun 70 Euro mehr für jeden nicht besetzten Arbeitsplatz zahlen, für Unternehmen mit 40 bis 59 Beschäftigten steigt die Strafe um 165 Euro.

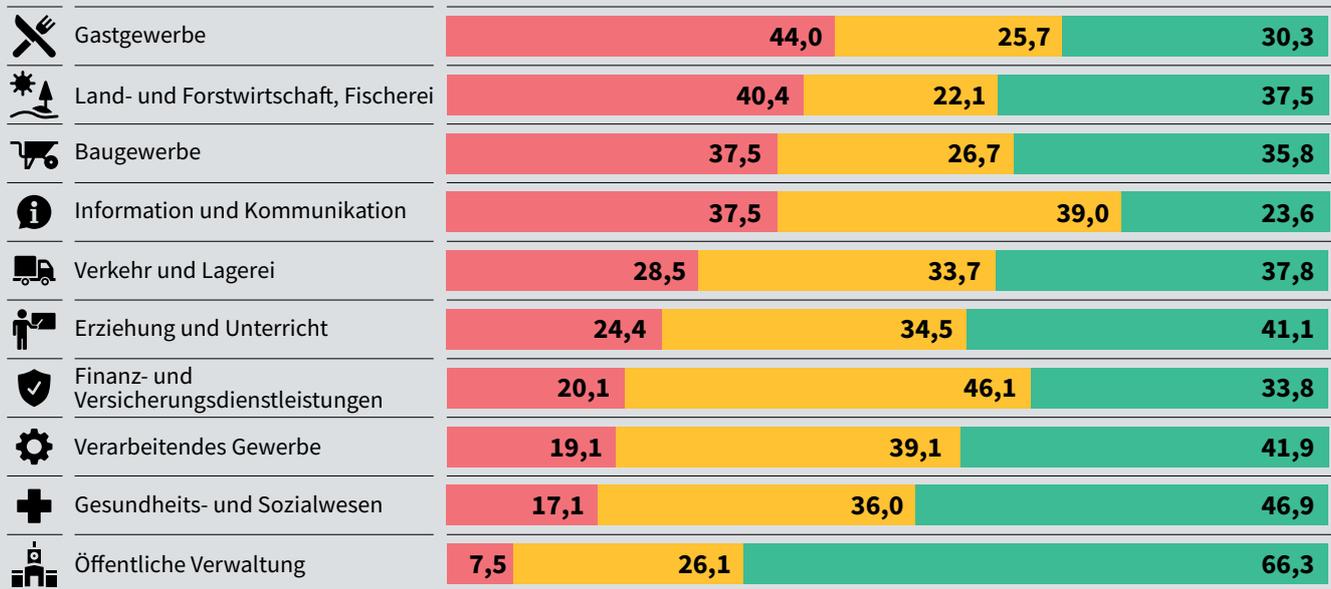
Größeren Betrieben dürfte die neue Null-Beschäftigter-Regel dagegen weniger Sorgen machen:

**29 Prozent der Unternehmen in Deutschland mit mindestens 60 Mitarbeitern erfüllten im Jahr 2021 die Beschäftigungspflicht.**

## Beschäftigung schwerbehinderter Menschen: Große Branchenunterschiede

So viel Prozent der Unternehmen dieser Branchen haben die Pflicht zur Beschäftigung schwerbehinderter Menschen 2021 in Deutschland ...

■ ... nicht erfüllt ■ ... teilweise erfüllt ■ ... erfüllt



Beschäftigungspflicht: Arbeitgeber ab 20 Arbeitsplätzen sind dazu verpflichtet, mindestens 5 Prozent davon mit schwerbehinderten Menschen zu besetzen

Quelle: Bundesagentur für Arbeit  
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

### Weitere 65 Prozent beschäftigten Menschen mit Behinderungen, schafften die 5-Prozent-Marke aber nicht.

Im Umkehrschluss zählten von den großen Unternehmen nur 6 Prozent zu den Null-Beschäftigern, die künftig die erhöhte Ausgleichsabgabe zahlen müssen.

Es wundert wenig, dass große Betriebe in Sachen Inklusion besser abschneiden als kleine. Größere Unternehmen haben mehr Ressourcen – finanziell wie personell –, um Arbeitsplätze von schwerbehinderten Beschäftigten anzupassen oder Mitarbeitern, die ihre ursprünglichen Aufgaben aufgrund einer im Laufe der Beschäftigung auftretenden Schwerbehinderung nicht mehr ausüben können, eine neue Aufgabe innerhalb des Unternehmens zu geben. Letzteres ist besonders wichtig, da nur etwa 3 Prozent der

Behinderungen angeboren sind und die meisten durch Erkrankungen im Laufe des Arbeitslebens auftreten. Zudem haben große Unternehmen häufig ein besseres Know-how in Sachen Fördermöglichkeiten als kleine – die bundesweiten Einheitlichen Ansprechstellen (EAA) zum Beispiel unterstützen Arbeitgeber bei der Ausbildung und Beschäftigung schwerbehinderter Menschen.

Nicht nur Unternehmen unterschiedlicher Größe, auch Branchen trifft die Null-Beschäftigter-Regel unterschiedlich stark (Grafik):

**Während 44 Prozent der Unternehmen des Gastgewerbes 2021 keinen einzigen schwerbehinderten Menschen beschäftigten, waren es in der öffentlichen Verwaltung lediglich 7,5 Prozent der Arbeitgeber.**

Neben dem Gastgewerbe schaffte es 2021 auch ein großer Teil der

Betriebe der Land- und Forstwirtschaft (40,4 Prozent) und des Baugewerbes (37,5 Prozent) nicht, mindestens einen Menschen mit Schwerbehinderungen zu beschäftigen.

Ob die verschärften Regeln für Null-Beschäftigter daran etwas ändern werden und den deutschen Arbeitsmarkt nachhaltig inklusiver machen, bleibt abzuwarten. Höhere Ausgleichsabgaben schaffen weder inklusivere Unternehmenskulturen noch führen sie dazu, dass Betriebe besser über Anlaufstellen und ihre Möglichkeiten zur Einstellung schwerbehinderter Menschen informiert sind.

Daher ist es umso wichtiger, neben finanziellen Anreizen, für genügend Unterstützung und Informationen für inklusionswillige Unternehmen zu sorgen sowie schwerbehinderte Menschen gezielt (weiter) zu qualifizieren.

# Lieber mieten

**Leasing.** Von Software bis hin zu Maschinen – inzwischen können Unternehmen fast alles mieten. Für die Betriebe in Deutschland bietet sich dadurch die Chance, mit dem freigesetzten Eigenkapital in die Zukunft zu investieren.

Die Umstellung der Wirtschaft auf digitale und klimaneutrale Prozesse kostet Geld – viel Geld. Allein für das Bundesland Nordrhein-Westfalen schätzt das IW den jährlichen Investitionsbedarf auf 62 bis 72 Milliarden Euro. Neben dem Staat, der sich vornehmlich um eine bessere Infrastruktur bemühen muss, sind auch die Unternehmen gefordert, ihre Prozesse umzustellen.

Die Digitalisierung bietet fernab der nötigen Investitionen, die die Betriebe selbst in die Technik stecken müssen, mehrere Optionen, um Geld zu sparen und das Eigenkapital gezielt an anderer Stelle investieren zu können.

Ein Ansatz dafür ist das Cloud-Computing. Vereinfacht gesagt werden dabei Software, Programme oder Speicherkapazität über entsprechende Anbieter gemietet. Für Unternehmen bedeu-

tet das, dass sie Systemsoftware, aber auch Hardware wie Server nicht mehr zwingend selbst anschaffen und besitzen müssen, sondern die entsprechenden Kapazitäten und Programme bei den Anbietern ihrer Wahl leasen.

Solche Leasing- und Mietmodelle nutzen nicht nur deutsche Firmen, sondern Betriebe rund um den Globus, was sich in den Umsatzzahlen der Anbieter niederschlägt (Grafik):

**Während im Jahr 2010 nur etwa 11 Milliarden Dollar mit Software als Dienstleistung umgesetzt wurden, waren es 2023 geschätzt 205 Milliarden Dollar.**

Klassisches Beispiel für solche Software sind die Office-Programme von Microsoft. Ebenfalls einen großen Sprung machte der Bereich Infrastruktur als Service. Darunter fallen Anbieter, die sowohl Software

als auch einen Server – also Speicherkapazität – bereitstellen. Der Umsatz mit diesem Dienstleistungspaket betrug im vergangenen Jahr weltweit knapp 144 Milliarden Dollar.

Auf den fast identischen Wert beläuft sich der Umsatz mit Plattformen als Service. Diese Erweiterung des Infrastrukturmodells bietet den Kunden zusätzlich die Möglichkeit, eigene Software zu entwickeln und dabei auf Server und Betriebssysteme des Anbieters zurückzugreifen.

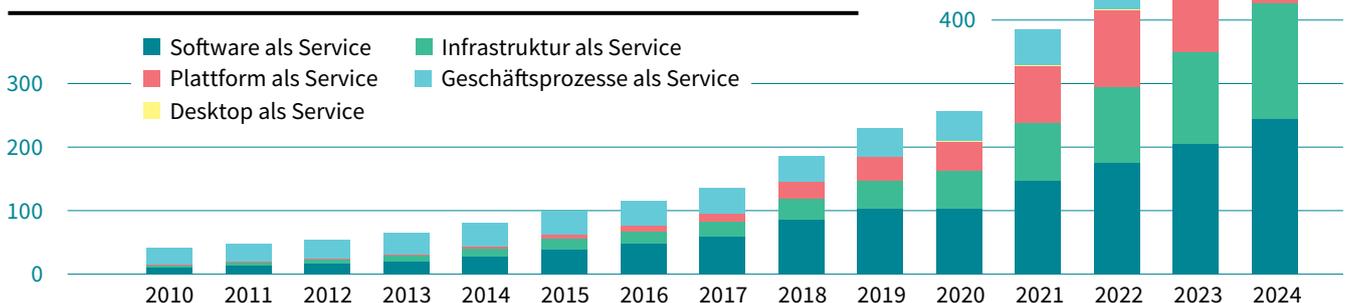
Aber auch mit anderen, eher klassischen Leasingangeboten werden stattliche Umsätze erzielt. Die größte Summe in Deutschland entfällt dabei auf die Mobilität (Grafik Seite 13):

**Die Umsätze mit dem Leasen von Autos und Kombis beliefen sich im Jahr 2022 auf gut 45 Milliarden Euro – knapp 1 Milliarde Euro mehr als im Jahr zuvor.**

## Digitale Lösungen nehmen weltweit zu

Cloud-Computing umfasst eine Reihe von Leasingmodellen in digitaler Form. Durch Abonnements lassen sich beispielsweise Software oder Infrastruktur – dazu zählt etwa die Datenspeicherung auf externen Servern – mieten, statt sie selbst anzuschaffen.

Globaler Umsatz mit Cloud-Computing in Milliarden Dollar



2023 und 2024: Prognose

Quellen: Gartner, Statista

© 2024 IW Medien / iwd

Eine andere Leihvariante ist vor allem für die Industrie relevant – das Leasen von Produktionsmaschinen. Ein Beispiel: Statt sich selbst eine Druckluftmaschine anzuschaffen, kann ein Unternehmen die Druckluft als Dienstleistung einkaufen. Das hat gleich mehrere Vorteile: Zum einen setzt das Unternehmen Eigenkapital frei, das es an anderer Stelle investieren kann. Somit wirkt sich das kostengünstigere Leihmodell positiv auf die Bilanz des jeweiligen Betriebs aus.

Zum anderen senkt das Unternehmen das finanzielle Risiko, denn sollte die Maschine einen Defekt haben, muss der Dienstleister schnell für Ersatz sorgen – schließlich hat er einen Vertrag zu erfüllen. Zwar gilt dies für alle Leihgeschäfte, bei größeren Maschinen oder Spezialanfertigungen kann eine Reparatur aber deutlich länger dauern.

Eine andere Variante sind die sogenannten Maschinenringe. Diese sind oft in der Landwirtschaft zu finden. Dazu wird eine Genossenschaft gegründet, deren Mitglieder sich Maschinen teilen – das senkt die Anschaffungskosten für den Einzelnen und verringert die Standzeit der Geräte.

Das Leasing von Produktionsmaschinen ist kein Nischenphänomen, wie die Branchenzahlen verdeutlichen:

**Mit dem Leihen von Maschinen erzielten die Anbieter in Deutschland im Jahr 2022 einen Umsatz von 18 Milliarden Euro. Das waren gut 7 Prozent mehr als 2021.**

Angesichts der positiven Effekte auf die Unternehmen und der frei werdenden Mittel für dringend benötigte Investitionen in Zukunftstechnologien, könnte die Leasingbranche in den kommenden Jahren weiterwachsen und eine wichtige Rolle auf dem Weg zur Klimaneutralität spielen.



Foto: IW Medien

**Interview.** Markus Demary ist Senior Economist für Geldpolitik und Finanzmarktökonomik im Institut der deutschen Wirtschaft.

**Leasing von Maschinen – für welche Unternehmen und Branchen ist das interessant?**

Es ist eher eine Frage des Finanzierungsspielraums: Stehen mehrere Investitionen gleichzeitig an, muss sich ein Unternehmen eventuell stark verschulden – oder es least einen Teil der Maschinen und kann so bilanzschonender investieren.

**Welchen Effekt erwarten Sie künftig durch Leasing für die Transformation der Wirtschaft?**

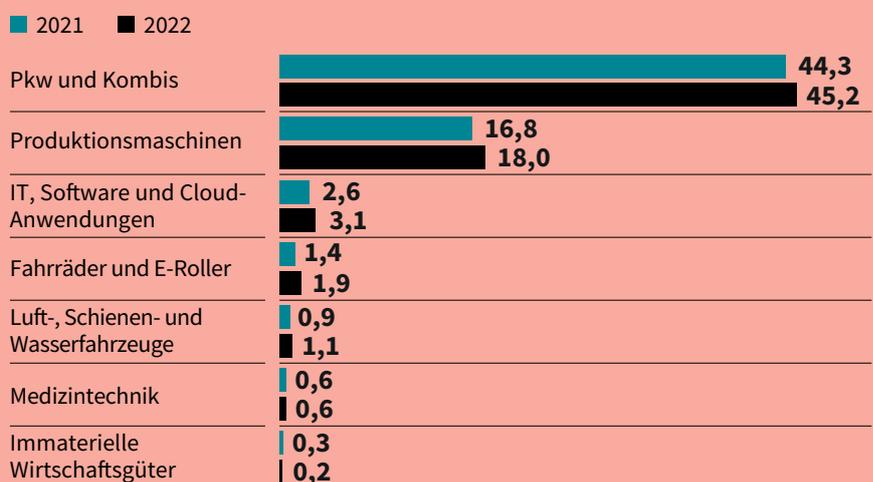
Die Transformation zur Klimaneutralität erfordert von Unternehmen hohe Investitionen. Viele dieser Unternehmen mussten sich zuletzt verschulden, da die Coronapandemie die Umsätze verringert und die Energiekrise zu höheren Kosten geführt hat. Die Firmen müssen nun ihre Verschuldung senken, bevor sie in Klimaneutralität investieren können. Leasing kann hier helfen, die Bilanz zu entlasten und trotzdem an der Transformation teilzuhaben.

**Gibt es Leasingmodelle, von denen Sie eine besonders große Wirkung erwarten?**

Ich glaube, dass dem Leasing im Allgemeinen in der Transformation eine wichtige Rolle zukommen wird. Denn Unternehmen müssen in innovative Technologien mit kurzen Innovationszyklen investieren. Leasinggesellschaften können die Betriebe durch spezielle Marktkenntnisse unterstützen – von der Realisierung des Projekts über den laufenden Betrieb bis zum Vertragsende.

**Leasing: Die Umsätze in Deutschland steigen**

in Milliarden Euro



Quellen: Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen, Institut der deutschen Wirtschaft © 2024 IW Medien / iwd

# Was junge Köpfe bewegt

**Mediennutzung.** Nahezu jeder Jugendliche ist hierzulande täglich online. Dabei ist für die junge Generation vor allem eines wichtig: auf dem neuesten Stand zu bleiben. Dies gilt auch für aktuelle Themen wie den Klimawandel und den Ukraine-Krieg. Informationen dazu holen sich die 12- bis 19-Jährigen allerdings nicht vorrangig aus dem Netz.

224 Minuten, also fast vier Stunden – so viel Zeit verbringt ein Jugendlicher in Deutschland im Schnitt pro Tag an Smartphone, Laptop und Co. Das geht aus der aktuellen Studie „Jugend, Information, Medien“ (JIM) hervor. Zwar nutzt ein Großteil der Teenager das Internet vornehmlich zum Chatten, für Videospiele oder zur Unterhaltung – zusätzlich erfüllt es für sie

jedoch noch eine weitere Funktion: die Suche nach Informationen.

Dazu dienen vor allem die sozialen Netzwerke, in denen man fast zwangsläufig mit dem Weltgeschehen konfrontiert wird. Etwa jeder zweite Jugendliche folgt dort „Sinnfluencern“ – sie produzieren Inhalte, die ihre Anhänger auf ernsthafte Themen, wie beispielsweise den Klimawandel oder soziale

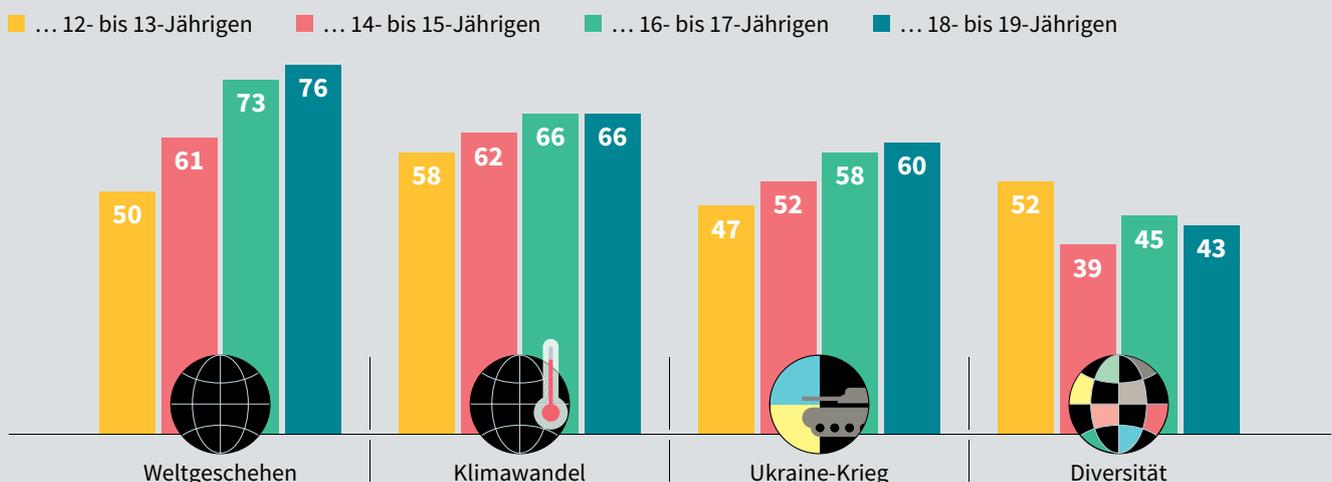
Gerechtigkeit, aufmerksam machen sollen.

Darüber hinaus suchen viele Teenager gezielt nach aktuellen News: Unabhängig vom Alter geben fast zwei Drittel der 12- bis 19-Jährigen an, sich dafür zu interessieren, was in der Welt passiert. Einige Themen stechen dabei hervor (Grafik):

**Rund 60 Prozent der Jugendlichen in Deutschland beschäftigt**

## Aktuelles: Was Jugendliche beschäftigt

So viel Prozent der ... in Deutschland sind an diesen aktuellen Themen interessiert



Befragung von 1.200 Jugendlichen zwischen dem 30. Mai und 9. Juli 2023

Quelle: Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest  
© 2024 IW Medien / iwd

**ten sich im Jahr 2022 mit dem Klimawandel, knapp die Hälfte mit dem Ukraine-Krieg und weitere 40 Prozent mit Diversität.**

Über alle Themenbereiche hinweg steigt das Interesse mit dem Alter. Insbesondere das Weltgeschehen ist für ältere Jugendliche spannender als für jüngere.

Und auch zwischen den Geschlechtern gibt es einige Unterschiede: Mädchen begeistern sich mehr für Klimathemen und Diversität als Jungen. Am Ukraine-Krieg zeigen dagegen eher Jungen Interesse.

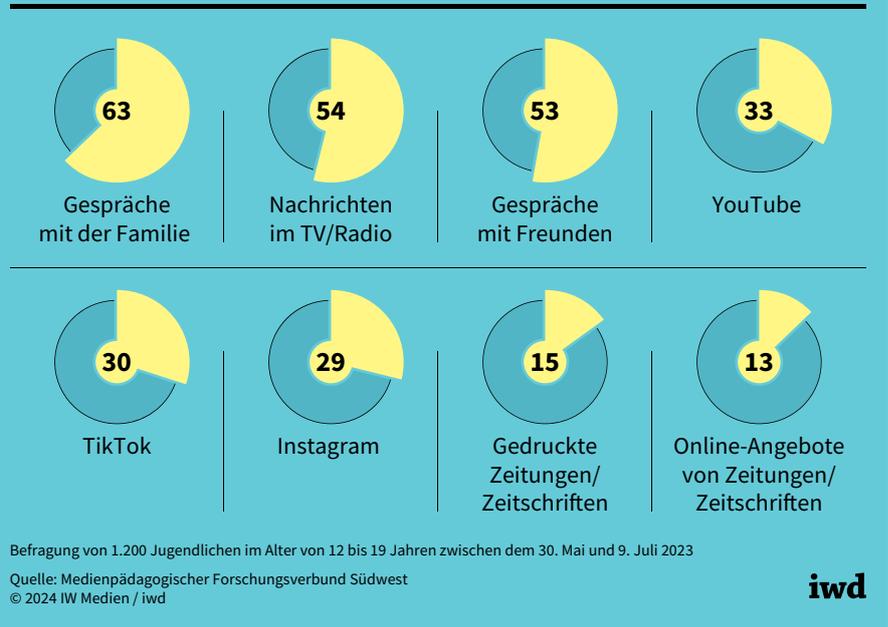
Ein Problem haben alle bei ihrer Suche im Internet: Durch die Flut an Informationen aus vielen unterschiedlichen Quellen und Formaten ist es heute schwieriger denn je, Nachrichten zu bewerten und einzuordnen. Denn zum einen kann so gut wie jeder Nutzer zum Absender von Botschaften werden – unabhängig von seiner Fachkenntnis. Zum anderen ist häufig schwer nachzuvollziehen, auf welcher Grundlage Informationen verbreitet werden.

Dennoch denken die meisten Jugendlichen, dass sie bei aktuellen Themen up to date sind: Knapp drei Viertel von ihnen geben an, sich „sehr gut“ oder „gut“ informiert zu fühlen – nur 2 Prozent stufen ihr Wissen als „gar nicht gut“ ein.

Seit 1998 – als die JIM-Studie erstmals erschien – verbreiten sich Nachrichten immer schneller und vielfältiger: Früher waren TV, Radio und Zeitungen wichtige Quellen – im Laufe der Jahre entwickelte sich der Trend weiter zu Suchmaschinen, sozialen Netzwerken und Apps. Ein

**Weltgeschehen: Familie als wichtigste Informationsquelle**

*So viel Prozent der Jugendlichen in Deutschland informieren sich auf diesem Weg über das aktuelle Weltgeschehen*



Großteil der 12- bis 19-Jährigen setzt aber auf eine unveränderte Quelle, um über das Weltgeschehen auf dem Laufenden zu bleiben: das Gespräch mit der eigenen Familie (Grafik):

**Mehr als zwei Drittel der Befragten werden mehrmals in der Woche in ihrem Familienkreis darüber informiert, was aktuell in der Welt passiert.**

Jeweils rund die Hälfte erfährt Neuigkeiten über TV und Radio oder durch Gespräche mit Freunden. Doch auch Videoplattformen holen auf: Im Vergleich zum Vorjahr ist der Anteil der 12- bis 19-Jährigen, die sich regelmäßig durch YouTube oder TikTok über Aktuelles informieren, stark gestiegen und liegt nun jeweils bei rund einem Drittel.

Seit einigen Monaten bietet noch ein weiteres Tool großes Potenzial für Recherchetätigkeiten: Die KI-Anwendung ChatGPT kann je nach Bedarf Texte generieren oder Wissen aus dem Internet abrufen.

Einem Großteil der Jugendlichen scheint die Plattform ein Begriff zu sein: 85 Prozent kennen ChatGPT, rund 38 Prozent haben dieses Tool der künstlichen Intelligenz bereits selbst ausprobiert.

Doch auch wenn es online schon zahlreiche Formate und Plattformen gibt, scheint das Internetangebot noch ausbaufähig zu sein: Eine Nachrichten-App speziell für Jugendliche halten rund drei Viertel der 12- bis 19-Jährigen in Deutschland für eine gute Ergänzung.

**Impressum**

**Herausgeber:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · **Präsident:** Arndt Günter Kirchhoff · **Direktor:** Prof. Dr. Michael Hüther · **Mitglieder:** Verbände und Unternehmen in Deutschland  
**Redaktionsleiter:** Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Sarah Neu, Alexander Weber  
**Grafik:** IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 12,99/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · **Abo-Service:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · **Telefon:** 0221 4981-0 · **Druck:** Henke GmbH, Brühl · **Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über:** lizenzen@iwkoeln.de · **Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail:** datenschutz-iwd@iwmedien.de · **In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.**



**Zahl der Woche****1.458**

Kreditinstitute gab es 2022 in Deutschland, das waren 61 Institute weniger als im Jahr zuvor. Auch die Zahl der bundesweiten Zweigstellen sank – um 1.266 auf 20.446. Laut Bundesbank dürften dafür vor allem die Coronapandemie und die damit einhergehende beschleunigte Zunahme des Online-Bankings verantwortlich sein.

Rechnet man die Zahl der Kreditinstitute und Zweigstellen in Deutschland zusammen, kommt man für 2022 auf 21.904 Bankstellen. Zwei Jahre zuvor gab es noch 25.779, im Jahr 1997 existierten sogar 66.764 Bankstellen in der Bundesrepublik. Die Zahl der Geldautomaten nahm ebenso ab: Von 2016 bis 2021 sank sie um rund 6 Prozent auf etwas mehr als 55.000. Für Verbraucher wird es angesichts des Rückbaus des Filial- und Geldautomatennetzes immer schwieriger, sich dort mit Bargeld zu versorgen. Deshalb heben sie vermehrt Bares an der Ladenkasse im Handel ab. Experten gehen davon aus, dass in 15 bis 20 Jahren die Versorgung mit Bargeld im Wesentlichen durch den Handel erfolgen wird. Wenn allerdings immer mehr Kunden ihre Einkäufe im Supermarkt oder der Drogerie mit der Karte oder digital bezahlen, ist irgendwann auch kein Geldabheben an der Ladenkasse mehr möglich. Im Vereinigten Königreich bieten mache Supermärkte deshalb schon kein Cashback mehr an.

**Top-Liste: In English, please**

Weltweit gibt es aktuell 7.186 Muttersprachen – die 23 meistgesprochenen decken aber bereits mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung ab. Die am weitesten verbreitete Sprache der Welt ist Englisch: Zu den rund 380 Millionen Muttersprachlern kommen mehr als eine Milliarde Menschen, die Englisch als Zweitsprache beherrschen. Damit kann sich fast jeder sechste Mensch in dieser Sprache unterhalten. Auf Rang zwei folgt Mandarin, die wichtigste chinesische Sprache. Sie kommt rund 1,1 Milliarden Menschen über die Lippen, darunter 940 Millionen Muttersprachlern. Dass neben Englisch auch Spanisch, Französisch und Portugiesisch auf den Plätzen vier, fünf und neun zu den häufig verwendeten Sprachen gehören, geht auf die Kolonialgeschichte der jeweiligen Länder zurück.

Auf Deutsch können sich immerhin gut 133 Millionen Menschen unterhalten, weltweit die zwölftmeisten. Neben Deutschland, Österreich und der Schweiz gehören unter anderem auch Belgien, Italien, Dänemark, Frankreich und die ehemalige deutsche Kolonie Namibia zu den Ländern mit den meisten Menschen, die der deutschen Sprache mächtig sind.

**Die meistgesprochenen Sprachen der Welt**

So viele Millionen Menschen beherrschen im Jahr 2023 diese Sprachen

1. Englisch

2. Mandarin

3. Hindi

4. Spanisch

5. Französisch

**1.456****1.138****610****559****310**

6. Hocharabisch

7. Bengalisch

8. Russisch

9. Portugiesisch

10. Urdu

**274****273****264****255****232**

Einschließlich Nichtmuttersprachler; Urdu: Amtssprache in Pakistan und Teilen von Indien

Quelle: Ethnologue

© 2024 IW Medien / iwd

**iwd**